

Atmosphärische Störungen zwischen den SVP-Magistraten

Coup Wie der neue Verteidigungsminister seinem Vorgänger in die Parade fährt



Da war die Welt noch in Ordnung: Ueli Maurer übergibt das VBS Ende 2015 seinem Nachfolger und Parteikollegen Guy Parmelin.

PETER SCHNEIDER/KEYSTONE

VON STEFAN SCHMID

Freund, Feind, Parteiliebhaber: Ganz so schlecht soll es um das Einvernehmen zwischen den beiden SVP-Bundesräten Guy Parmelin und Ueli Maurer nicht bestellt sein. Dennoch sind Irritationen im Verhältnis des neuen und alten Verteidigungsministers unüberhörbar.

Im Zentrum des Clinchs steht das Milliarden-Projekt Bodlup 2020. Es geht um die dringend nötige Modernisierung der bodengestützten Luftabwehr. Ein Vorhaben, das Ueli Maurer nach dem Volksnein zum Gripen vorgezogen und unter Hochdruck vorangetrieben hat. Offenbar gibt es dabei aber zahlreiche Ungereimtheiten, wie Recherchen der «Rundschau» sowie der «Zentralschweiz am Sonntag» zeigen. Die «Rundschau» veröffentlichte gestern Abend interne Dokumente, die beweisen, wie umstritten die Beschaffung von zwei verschiedenen Lenk Waffen unter Sicherheitsexperten im VBS ist. Während IRIS-T des deutschen Herstellers Diehl nicht in der Lage sei, bei schlechtem Wetter zu treffen, kann die Lenkwaffe CAMM-ER des europäischen Rüstungskonzerns MBDA nicht hoch genug und vor allem auch nicht weit genug schiessen. Doch anstatt das Projekt zu stoppen, entschied sich das VBS dafür, beide Lenk Waffen zu beschaffen.

Erstaunte Sicherheitspolitiker

Nun aber hat sich Guy Parmelin auf die Seite der internen Kritiker geschlagen. Mit den Recherchen konfrontiert, sistierte er

am späten Dienstagnachmittag das Beschaffungsvorhaben. Gestern begründete er den Stopp so: Es gehe darum, zuerst eine Gesamtschau über die Luftverteidigung zu erstellen. Die Massnahme sei keinesfalls als «Misstrauensvotum» gegenüber Vorgänger Ueli Maurer zu interpretieren.

Aus Maurers Umfeld verlautete gestern jedoch, man sei erstaunt über den Entscheid des VBS. Diese Gesamtanalyse zur langfristigen Sicherung des Luftraumes gebe es bereits. Der Bundesrat habe im August 2014 in einem 30-seitigen Bericht aufgezeigt, wo die Prioritäten liegen würden. Und auch im August 2015 lehnte der Bundesrat eine Motion der Grünliberalen mit der Begründung ab, es brauche keine neue Gesamtanalyse, weil diese bereits gemacht worden sei. VBS-Sprecher Renato Kalbermatten entgegnete auf Anfrage der «Nordwestschweiz»: «Diese Analyse beleuchtet nur Teilaspekte. Nun geht es darum, die Beschaffung verschiedener Waffensysteme für die Luftverteidigung zeitlich und finanziell besser aufeinander abzustimmen.»

Überrascht vom Entscheid des VBS sind auch Sicherheitspolitiker. Erst am 22. März habe das VBS Einladungen an die Mitglieder der sicherheitspolitischen Kommissionen verschickt. Das neue Boden-Luft-Abwehrsystem hätte den Politikern am 4. April vorgestellt werden sollen. Gleichzeitig teilen viele Sicherheitspolitiker aber die Vorbehalte am Beschaffungsvorhaben. Corina Eichenberger, die Präsidentin der nationalrätlichen Sicherheitskommission, sagt: «Ich kann die Kritik nachvollziehen.



«Es ist besser, wenn mein Nachfolger die Armee-reform umsetzt.»

André Blattmann, Chef der Armee noch bis Dezember 2016



Braucht die Schweiz überhaupt noch einen Armee-Chef? Stimmen Sie online ab.

Gut, hat Guy Parmelin das Vorhaben sistiert.» Zufrieden mit dem Entscheid ist auch SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz. «Bundesrat Parmelin hat zur richtigen Zeit die richtigen Entscheide getroffen.»

Neuer Armeechef ab 2017

Unabhängig von diesen Turbulenzen gab Parmelin gestern auch den vorzeitigen Rücktritt von Armeechef André Blattmann, einem Weggefährten Ueli Maurers, bekannt. Dieser verlässt per Ende 2016 seinen Posten, bleibt dem Bundesrat aber als Berater noch bis März 2017 erhalten. Blattmann wäre anfang 2018 offiziell pensioniert worden.

Parmelin und Blattmann versuchten Gerüchte zu zerstreuen, der Abgang erfolge nicht freiwillig. Das Arbeitsverhältnis sei «einvernehmlich» aufgelöst worden, teilten sie mit. Fakt ist aber auch: Die SVP wird seit dem Gripen-Nein nicht müde, den Abgang des Armeechefs zu fordern. Beobachter halten es für plausibel, dass Parmelin den Armeechef im persönlichen Gespräch zum Rückzug bewegen konnte. Als Entschädigung darf dieser mit einem Jahresgehalt von rund 350 000 Franken rechnen.

Eine Findungskommission macht sich nun auf die Suche nach einem neuen Armeechef. Wer in dieser Kommission Einsitz nimmt, ist noch nicht klar. Ziel sei es, den neuen Chef in der zweiten Jahreshälfte zu präsentieren. Dessen Hauptaufgabe wird die Umsetzung der Armee-reform sein, die das Parlament vergangene Woche beschlossen hat.

SBB

Ziele des Bundesrats nur teilweise erreicht

Die SBB haben die Ziele des Bundesrats letztes Jahr nur teilweise erfüllt. Sorgen bereiten der Regierung die hohen Schulden der SBB, die Infrastrukturkosten und der Güterverkehr. Die Nettoverschuldung der SBB stieg letztes Jahr um über eine halbe Milliarde auf rund 8,2 Milliarden an. Das ist aus Sicht des Bundesrats zu viel. Die Verschuldung dürfe höchstens das 6,5-fache des Betriebsergebnisses vor Abschreibungen (Ebitda) betragen, fordert er. Letztes Jahr belief sich der entsprechende Faktor auf 6,9. Um Kosten zu senken, haben die SBB letzten November das Millionen-Sparprogramm «RailFit20/30» lanciert.

Bei der Infrastruktur haben die SBB die Erwartungen des Bundesrats ebenfalls nur zum Teil erfüllt. Erneut waren zusätzliche Unterhaltsarbeiten nötig, was höhere Kosten nach sich zog. Ein weiteres Sorgenkind ist der Güterverkehr: Nach zwei Jahren mit schwarzen Zahlen rutschte SBB Cargo 2015 erneut ins Minus, wie die SBB letzten Freitag mitgeteilt hatten. (SDA)

NACHRICHTEN

AFFÄRE MÖRGELE

Bundesgericht verurteilt Nationalrätin Kathy Ricklin

CVP-Nationalrätin Kathy Ricklin wird definitiv zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt: Das Bundesgericht hat entschieden, dass sie sich in der Affäre Mörgeli der Amtsgeheimnisverletzung schuldig gemacht hat. Sie hatte eine «Information unbedacht gegenüber einem Journalisten ausgeplaudert». (SDA)

FINANZEN

Der Bund benötigt 2016 mehr Geld als geplant

Der Bundesrat beantragt dem Parlament Nachtragskredite von knapp 400 Millionen Franken. Der grösste Teil davon entfällt auf das Asylwesen. Grund ist die hohe Zahl von Asylgesuchen: Als der Bundesrat das Budget ausarbeitete, ging er von 26 000 neuen Asylgesuchen aus. Tatsächlich waren es letztes Jahr rund 39 500 Gesuche. (SDA)

BUNDESPERSONAL

Frauenanteil in der Teppichetage gestiegen

Im mittleren Kader der Bundesverwaltung ist inzwischen fast jede dritte Stelle durch eine Frau besetzt, im oberen Kader knapp jede fünfte. Die vom Bundesrat festgelegten Zielwerte für die Geschlechterverteilung wurden damit erreicht, wie aus dem Bericht Personalmanagement 2015 hervorgeht. (SDA)

NATIONALSTRASSENNETZ

1,8 Milliarden Franken für die letzten 70 Kilometer

Gemäss den Plänen von 1960 ist das Nationalstrassennetz 1892,5 Kilometer lang. Ende 2015 fehlten noch knapp 70 Kilometer. In den nächsten vier Jahren investiert der Bund insgesamt rund 1,8 Milliarden Franken in die Fertigstellung. (SDA)

Bundesrat stimmt Pariser Klima-Abkommen zu

Klimaschutz Treibhausgasemissionen sollen bis 2030 um 50 Prozent unter das Niveau von 1990 fallen.

Der Bundesrat hat am Mittwoch dem Pariser Klimaschutz-Abkommen zugestimmt und die Eckwerte für die nationale Klimapolitik nach 2020 festgelegt. Das internationale Abkommen war im Dezember in Paris verabschiedet worden. Bundesrätin Doris Leuthard wird es für die Schweiz am 22. April in New

York unterzeichnen, wie das Umweltdepartement (Uvek) mitteilte.

Genehmigt das Parlament das Abkommen, bestätigt die Schweiz beim UNO-Klimasekretariat, dass sie ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent unter das Niveau von 1990 senken will. Für die Umsetzung ist in der Schweiz eine Revision des CO₂-Gesetzes nötig. Der Bundesrat hat dazu am Mittwoch die groben Linien vorgezeichnet.

Wie Leuthard bereits im Vorfeld der Klimaverhandlungen von Paris angekündigt hatte, will der Bundesrat 30

Prozent der Reduktionen bis 2030 durch Massnahmen im Inland erzielen. Die restlichen 20 Prozent könnten via Emissionshandel durch eine Verminderung von Emissionen im Ausland erbracht werden.

Landwirtschaft soll Beitrag leisten

Wie bisher will der Bundesrat Zwischenziele für den Gebäude-, den Verkehrs- und den Industriesektor festlegen. Neu sollen solche Ziele auch für die Landwirtschaft festgelegt werden, die über die Agrarpolitik einen Reduktionsbeitrag leisten soll.

Um die Ziele zu erreichen, setzt der Bundesrat auf die bisherigen Instrumente. So soll die CO₂-Abgabe auf Brennstoffen weitergeführt werden. Wie bereits heute würde die Abgabe je nach Entwicklung der Emissionen steigen. Das Gebäudeprogramm soll befristet weitergeführt werden. Mittelfristig soll es durch CO₂-Vorschriften ersetzt werden.

Zu den Instrumenten gehören weiter ein Technologiefonds zur Gewährung von Bundesbürgschaften an innovative Unternehmen sowie das Emissionshandelssystem, das nach Möglichkeit

mit jenem der EU verknüpft werden soll. Die Treibstoffimporteure stehen in der Pflicht, einen Teil der Verkehrsemissionen mit Massnahmen im In- und neu auch im Ausland zu kompensieren.

Ende Sommer will der Bundesrat die detaillierten Vorschläge in die Vernehmlassung schicken. Die geplante Gesetzesrevision unterstütze die Energiestrategie 2050 und stehe im Einklang mit der Vorlage für einen neuen Verfassungsartikel zum Klima- und Energielenkungsprogramm, schreibt das Uvek. (SDA)